

## **NIEDERSCHRIFT**

über die **5.** Sitzung des  
**des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
(XV. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **25.11.2010**  
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich  
Kreissitzungssaal (1. Etage)  
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich  
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)  
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 22:00 Uhr  
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

### **Sitzungsteilnehmer:**

#### **• CDU-Fraktion**

1. Herr Hans-Josef Engels
  2. Herr Reiner Geroneit
  3. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder
  4. Frau Helga Hermanns
  5. Herr Gerhard Heyner
  6. Herr Norbert Kallen
  7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
  8. Frau Ursel Meis
  9. Herr Werner Moritz
  10. Herr Antonius Suppes
  11. Frau Maria Widdekind
  12. Frau Birte Wienands
- Vertretung für Herrn Karl-Heinz Ehms  
bis 20.30 Uhr

#### **• SPD-Fraktion**

13. Herr Denis Arndt
  14. Herr Udo Bartsch
  15. Frau Margot Dubbel
  16. Herr Rainer Schmitz
  17. Frau Gertrud Servos
  18. Herr Rainer Thiel
- bis 19.15 Uhr

#### **• FDP-Fraktion**

19. Herr Christian Kohnen
  20. Frau Christa Quellmann
  21. Herr Dirk Rosellen
- bis 20.30 Uhr

**• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

22. Herr Manfred Haag bis 20.30 Uhr  
23. Herr Martin Kresse  
24. Frau Angela Stein-Ulrich

**• Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

25. Frau Karin Borrmann-Schulz ab 18.30 Uhr  
26. Frau Margit Kalthoff  
27. Herr Carsten Thiel bis 18.30 Uhr

**• Die Linke**

28. Herr Oliver Reising

**• beratende Mitglieder**

29. Herr Karl Boland  
30. Herr Karl-Heinz Brandofsky  
31. Herr Bernd Gellrich ab 17.25 Uhr bis 19.00 Uhr  
32. Herr Norbert Kallen  
33. Herr Dr. Josef Merten  
34. Herr Bülent Öztas ab 17.50 Uhr bis 21.30 Uhr

**• Verwaltung**

35. Herr Marcus Baumgarth  
36. Herr Christian Böhme  
37. Herr Dr. Michael Dörr  
38. Herr Fabian Fox  
39. Herr Siegfried Henkel  
40. Herr Dezernent Karsten Mankowsky  
41. Herr Martin Meisel  
42. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz  
43. Frau Heike Stump  
44. Frau Birgit Toups  
45. Frau Christiane Weber  
46. Frau Claudia Wichmann

**• Schriftführer**

47. Herr Marcus Mertens

## INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
<b>Öffentlicher Teil:</b> .....		<b>4</b>
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) -Grundsicherung für Arbeitsuchende- .....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/0819/XV/2010.....	4
2.2.	Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/0820/XV/2010 .....	4
3.	Antrag auf Zulassung als kommunaler Träger nach § 6a SGB II (Optionsantrag) Vorlage: 50/0808/XV/2010 .....	5
4.	Übergang der ARGE in die gemeinsame Einrichtung / Jobcenter zum 01.01.2011.....	7
4.1.	Übergang der ARGE in die gemeinsame Einrichtung / Jobcenter zum 01.01.2011 Vereinbarung nach § 44b SGB II Vorlage: 50/0830/XV/2010 .....	7
4.2.	Neue Delegationsatzung Vorlage: 50/0818/XV/2010 .....	7
5.	Projekt "Stromsparerhelfer" Vorlage: 50/0821/XV/2010.....	8
6.	Bericht der Schwangerschaftskonfliktberatung "donum vitae" Vorlage: 50/0816/XV/2010 .....	8
7.	Forschungsprojekt "beizeiten begleiten" Vorlage: 50/0806/XV/2010 .....	9
8.	Modellprojekt "Demenz-Kompetenzzentrum Rheinland" (DKR) Vorlage: 50/0833/XV/2010 .....	9
9.	Aktionsprogramm "Gesundheitsförderung im Alter" Vorlage: 53/0799/XV/2010 .....	10
10.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/0817/XV/2010.....	11
11.	Entwicklung Haushalt 2010 / Planungen 2011 Vorlage: 50/0831/XV/2010.....	11
12.	Behindertenfahrdienst Vorlage: 50/0829/XV/2010 .....	11
13.	Mitteilungen .....	12
13.1.	Sachstand Signet Barrierefreies NRW Vorlage: 50/0827/XV/2010.....	12
13.2.	"Integrationspreis 2010 des "Rhein-Kreises Neuss" Vorlage: 50/0835/XV/2010 .....	12
13.3.	Bericht vom Integrationsworkshop Vorlage: 50/0836/XV/2010 .....	12
13.4.	Bericht von der Pflegekonferenz 16.09.2010 Vorlage: 50/0828/XV/2010 .....	12

13.5. Influenza-Pandemie 2009 Vorlage: 53/0777/XV/2010.....	13
13.6. Projekt "doppelt gesund" Vorlage: 53/0807/XV/2010 .....	13
14. Anfragen .....	13

## Öffentlicher Teil:

### 1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest. Kreistagsmitglied Schmitz bat die Verwaltung, in zukünftigen Einladungen die Seitenzahlen der einzelnen Tagesordnungspunkte in einer Übersicht darzustellen.

Seitens des Ausschusses bestand Einvernehmen den Tagesordnungspunkt 10 vor Tagesordnungspunkt 5 zu behandeln.

### 2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende-

#### 2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

##### Vorlage: 50/0819/XV/2010

#### Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass wegen der Beratungsinhalte des Tagesordnungspunktes 3 an der heutigen Sitzung kein Vertreter der ARGE teilnehme.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies auf einen Druckfehler auf Seite 4 der Beratungsunterlagen hin. Die Kosten der Unterkunft hätten sich demnach im Oktober 2010 auf nur auf 5.826.193 € belaufen.

Beratungsbedarf bestand nicht.

#### 2.2. Aktueller ARGE Report Rhein-Kreis Neuss

##### Vorlage: 50/0820/XV/2010

#### Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz gab einen kurzen Überblick zum ARGE-Report. Kreistagsmitglied Haag kündigte an, dass seine Fraktion eine Resolution in den Kreistag einbringen wolle, da der Bund die Absicht habe, die Eingliederungsleistungen zu kürzen.

Besonders wies Allgemeiner Vertreter Steinmetz auf das von der Bundesregierung geplante Bildungspaket hin, welches Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder und Jugendliche an Schulen vorsehe. Im Rechtskreis des SGB II gebe es im Rhein-Kreis Neuss etwa 10.000 Schülerinnen und Schüler, die ab 01.01.2011 Anspruch auf beson-

dere Leistungen zur Teilnahme am Mittagessen, bei eintägigen Klassenfahrten, bei der Nachhilfe oder der Teilhabe am sozialen oder kulturellen Leben hätten. Das Thema sei bereits mit den Städten und Gemeinden sowie der ARGE besprochen worden, derzeit laufe eine Bestandserhebung um die bereits bestehenden Angebote zu ermitteln. Allgemeiner Vertreter Steinmetz kündigte zu dieser Thematik eine weitere Berichterstattung an.

### **3. Antrag auf Zulassung als kommunaler Träger nach § 6a SGB II (Optionsantrag)**

**Vorlage: 50/0808/XV/2010**

#### **Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, dass aufgrund der Fülle der Beratungsunterlagen und daraus resultierender Fragen in der heutigen Sitzung ggf. noch kein Beschluss gefasst werden könne. Die Beschlussfassung sei jedoch in der Sitzung des Kreistages am 08.12.2010 möglich.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz führte in die Thematik ein und beschrieb neben der Ausgangssituation die Ziele des Rhein-Kreises im Falle des Optionsmodells. Der Abbau von Arbeitslosigkeit müsse das primäre Ziel aller Anstrengungen bleiben. Die Verwaltung traue sich die Option zu und benötige weiterhin die Unterstützung der Politik. Er bedankte sich bei allen Akteuren, die den Prozess begleitet und konstruktiv gestaltet hätten. Der Vortrag ist dem Protokoll beigelegt.

Sozialamtsleiter Henkel erläuterte in seinem Vortrag nochmals alle Bausteine des Optionsantrages. Die dargestellten Maßnahmen und Planungen basierten auf jahrelanger Erfahrung und gewonnenen Kompetenzen innerhalb der Verwaltung, aber auch bei den vielen beteiligten Akteuren im Rhein-Kreis Neuss.

Kreistagsmitglied Widdekind dankte für die Ausführungen der Verwaltung. Die CDU habe bereits frühzeitig ihre Unterstützung für die Option erklärt. Die vertiefende Auseinandersetzung mit der komplexen Thematik in den vergangenen Monaten habe die CDU-Fraktion in ihrer Haltung bestärkt. Die Verknüpfungen und guten Kontakte vor Ort, insbesondere zur Wirtschaft, seien zwingend notwendig, um der Arbeitslosigkeit der Menschen zu begegnen. Die finanziellen Aspekte seien hinreichend dargelegt und diskutiert worden. Die geplante Organisation sei von den im Kreis agierenden Verbänden und Institutionen klar befürwortet worden. Dies alles habe zur Stärkung der Überzeugung der CDU beigetragen, das Optionsmodell weiterhin zu unterstützen.

Kreistagsmitglied Rainer Thiel erinnerte an die intensive und inhaltlich gute Kreistagsitzung zu dieser Thematik. Die SPD habe in der dortigen Abstimmung gegen die Option votiert, da sich die gemeinsame Einrichtung bewährt habe. Die seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreissozialamtes unter Leitung von Herrn Henkel und Herrn Steinmetz in den vergangenen Monaten geleistete Arbeit lobte Kreistagsmitglied Thiel als gute Grundlage, um sich seitens der SPD mit den Inhalten nochmals auseinanderzusetzen. Die Zurückhaltung der Kommunen und die finanziellen Risiken der Option seien weiterhin ein Problem, aber die SPD-Fraktion wolle trotz der prinzipiellen Ablehnung einer kommunalisierten Arbeitsmarktpolitik offen in eine Diskussion eintreten. In der Kreistagssitzung am 08.12.2010 werde man die bis dahin zu erarbeitende Position der SPD mitteilen. Zur Frage der Umsetzung der Delegation bat er um Mitteilung, wie dies in Kommunen geschehen solle, in denen derzeit keine Mitarbeiter mit den künftigen Aufgaben befasst seien.

Kreistagsmitglied Rosellen erklärte, die Fraktion der FDP stehe nach wie vor uneingeschränkt zur Option. Die vielen neuen Informationen der letzten Monate hätten gezeigt, dass der Rhein-Kreis Neuss für die Option gut aufgestellt sei.

Kreistagsmitglied Haag stimmte den Ausführungen von Kreistagsmitglied Thiel zu. Auch die Grünen hätten sich bei ihrer Entscheidungsfindung schwer getan. Jedoch sei auffallend, dass in den vergangenen 5 Jahren die Arbeit der ARGE zwar begleitet, nie aber durch die Kreispolitik strategisch diskutiert worden sei. Durch die Planung des Optionsmodell sei dies geschehen. Bei der Zustimmung des Landes zur Option könnten derartige fachliche Auseinandersetzungen in einem Ausschuss fortgeführt werden.

Für die Fraktion der UWG/Die Aktive dankte Kreistagsmitglied Carsten Thiel der Verwaltung und den politischen Gremien für die gute Zusammenarbeit. Er fragte an, wie die überregionale Vermittlung gestaltet werden solle und wie man damit umgehe, dass sich ein Bürgermeister gegen die Option ausspreche. Des Weiteren fragte er nach, ob das Budget der Eingliederungsleistungen ab 2012 gekürzt werden müsse. Er wies darauf hin, dass in seiner Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe.

Kreistagsmitglied Kresse bat um Mitteilung, ob die Verwaltung beabsichtige, den Optionsantrag auf der Organisationsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts aufzubauen.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz nahm zu den bisher gestellten Fragen Stellung. Da die Anstalt des öffentlichen Rechts bisher noch nicht geregelt sei, sei man gut beraten den Antrag auf Grundlage der Rechtsverordnung aufzubauen. Mittelkürzungen beträfen beide Organisationsformen. Die Finanzmittel müssten so eingesetzt werden, dass Verwaltungskosten und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanziert werden könnten. Bei der überregionalen Vermittlung werde das Angebot der Bundesagentur, in diesem Bereich zusammenzuarbeiten, angenommen. Darüber hinaus werde eine enge Zusammenarbeit mit den Kommunen in der Region angestrebt. Ein Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung sei inzwischen in die Region Köln/Bonn e.V. abgeordnet. Bei den kreisangehörigen Kommunen seien keine besonderen organisatorischen Vorbereitungen notwendig. Kommunen, die nicht über ausreichendes eigenes Fachpersonal verfügen, könnten Personal des Kreises, das von der BA und dem TZG übernommen werde, zur Verfügung gestellt werden.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Carsten Thiel erklärte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass mit der Verminderung der Eingliederungsmittel ein bedarfsangepasster Stellenabbau verbunden sei. Er wies aber darauf hin, dass die Mittel auf das Niveau von 2006 zurückgefahren würden, so dass mit einem bekannten Finanzansatz gearbeitet werden könne.

Zu Fragen bzgl. der Hard- und Software teilte Allgemeiner Vertreter Steinmetz mit, dass auf der bestehenden Hardware die benötigte Software genutzt werden könne. Die Kosten für den Kauf der Software befänden sich in einem finanzierbaren und durch die Anschubfinanzierung gedeckten Rahmen. Es müsse eine europaweite Ausschreibung durchgeführt werden, dabei seien Fristen einzuhalten. Sozialamtsleiter Henkel ergänzte, dass die Software in allen Standorten bzw. Kommunen zur Verfügung stehen werde.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte den Fraktionen zu, ihnen im Hinblick auf die Kreistagssitzung am 08.12.2010 zeitnah einen Auszug der Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

#### **4. Übergang der ARGE in die gemeinsame Einrichtung / Jobcenter zum 01.01.2011**

##### **4.1. Übergang der ARGE in die gemeinsame Einrichtung / Jobcenter zum 01.01.2011**

###### **Vereinbarung nach § 44b SGB II**

###### **Vorlage: 50/0830/XV/2010**

###### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erläuterte, dass durch den Übergang der ARGE in die Gemeinsame Einrichtung / Jobcenter zum 01.01.2011 der Bedarf für eine Vereinbarung nach § 44 b SGB II gegeben sei, die den ARGE-Vertrag ersetze. Der Vorsitz in der Trägerversammlung solle bis zur Entscheidung über den Optionsantrag beim Landrat liegen. Im Beirat sei eine Beteiligung der Fraktionen vorgesehen. Für die Trägerversammlung bitte die Bundesagentur an der gesetzlich vorgesehenen Besetzung festzuhalten.

Kreistagsmitglied Kresse stimmte der Besetzung des Beirates unter Beteiligung der Politik zu. Er bat die Verwaltung, wie beantragt, darauf hinzuwirken, dass eine derartige Besetzung auch bei der Trägerversammlung angestrebt werde, besonders auch für den Fall, dass der Rhein-Kreis Neuss „nur“ Jobcenter innerhalb einer gemeinsamen Einrichtung bleibe. In Mönchengladbach werde das Jobcenter eine Trägerversammlung mit Stimmrecht der Fraktionen erhalten. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Kresse erklärte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass Herr Schmitz von der Bundesagentur einen Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach gesandt und darum gebeten habe, dieses Thema nochmals im dortigen Rat zu diskutieren. Es sei eine Koppelung denkbar, wonach zunächst die gesetzliche Regelung bis zur Entscheidung über den Optionsantrag Beachtung finde, und anschließend die Politik einbezogen werde.

###### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Antrag zur Kenntnis.

###### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

##### **4.2. Neue Delegationssatzung Vorlage: 50/0818/XV/2010**

###### **Protokoll:**

Beratungsbedarf bestand nicht.

###### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die beabsichtigten Satzungsänderungen zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreistag, die Satzungen in der geänderten Fassung zu beschließen.

###### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## **5. Projekt "Stromsparhelfer"** **Vorlage: 50/0821/XV/2010**

### **Protokoll:**

Frau Iris Baldes vom Caritasverband Düsseldorf berichtete über das Projekt Stromsparhelfer. Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt.

Kreistagsmitglied Kresse hob hervor, dass es bei diesem Projekt nur Gewinner gebe: die Stromsparhelfer, die besuchten Haushalte und die Umwelt.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Widdekind führte Frau Baldes aus, dass unter den 7 Stromsparhelfern 2 Frauen und 5 Männer seien, die über Fachanleiter für die Maßnahme qualifiziert würden. Das Projekt sei inzwischen so bekannt, dass sich viele Haushalte von selbst melden und um eine Beratung bitten würden.

Kreistagsmitglied Servos erkundigte sich, ob die erworbene Qualifikation eine Anerkennung durch die Handwerkskammer erfahre. Frau Baldes führte hierzu aus, dass die Qualifikationen aufeinander aufbauen würden und abschließend eine Prüfung zum „Energie- und Wassersparberater“ abgelegt werden könne.

Für den Fall einer Fortsetzung des Projektes bat Kreistagsmitglied Schmitz um eine weitere Information nach dem zweiten Besuch in den beratenen Haushalten, damit erkennbar werde, ob sich das Verhalten der Menschen verändert habe.

### **Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## **6. Bericht der Schwangerschaftskonfliktberatung "donum vitae"** **Vorlage: 50/0816/XV/2010**

### **Protokoll:**

Frau Schwandner und Herr Rick von der Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle „Frauen beraten / donum vitae“ berichteten über ihre präventive Tätigkeit zum Thema Sexualpädagogisches Verhalten. Diese Aufgabe werde in Schulen aller Schulformen in den Klassen 8 und 9 angeboten. Frau Schwandner und Herr Rick zeigten anhand von Beispielen aus der Praxis auf, wie die Lebenswirklichkeit der Jugendlichen aussehe und wie hierzu beraten werden könne.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz erklärte Frau Schwandner, dass mehr als  $\frac{3}{4}$  der Tätigkeit von „donum vitae“ die Schwangerenkonfliktberatung sei. Auf Wunsch sei in der heutigen Sitzung der Bereich der Präventiven Arbeit an Schulen vorgetragen worden.

Die Kreistagsmitglieder Widdekind, Servos und Kresse dankten für den Vortrag, aus dem diese Facetten der Arbeit von „donum vitae“ gut veranschaulicht worden sei.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**7. Forschungsprojekt "beizeiten begleiten"**

**Vorlage: 50/0806/XV/2010**

**Protokoll:**

Frau Dr. Sonja Rothärmel und Herr Dr. Jürgen in der Schmitten stellten das Forschungsprojekt „beizeiten begleiten“ vor, dass seit dem Jahr 2008 in den Pflegeheimen in Grevenbroich durchgeführt wird. Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt.

Kreistagsmitglied Widdekind fragte an, ob die entwickelten Patientenverfügungen nur dem Menschen in den teilnehmenden Einrichtungen zur Verfügung stünden. Dr. in der Schmitten erklärte, dass dies im Rahmen des Projektes zutreffend sei. Eine Ausweitung auf die Allgemeinheit, wie sie in den USA und in Australien bereits durchgeführt wurde, sei jedoch grundsätzlich denkbar.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Dubbel führte Dr. in der Schmitten aus, die Schulung von Mitarbeitern aus den Pflegeeinrichtungen alleine sei nicht zielführend. Erfolg habe das System nur, wenn es in der Versorgungsstruktur einer Region implementiert sei.

Kreistagsmitglied Wienands fragte an, worin die vom Projekt beabsichtigte, grundlegende Verbesserung bestünde. Dr. in der Schmitten verwies hierzu auf die in seinem Vortrag dargelegten 6 Schritte zur Schaffung einer Organisationsstruktur in den einzelnen Einrichtungen und in der Region.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**8. Modellprojekt "Demenz-Kompetenzzentrum Rheinland" (DKR)**

**Vorlage: 50/0833/XV/2010**

**Protokoll:**

Herr Thilo Spsychalski, Geschäftsführer der St. Augustinus-Kliniken gGmbH, stellte die Pläne für die Schaffung eines „Demenz-Kompetenzzentrums-Rheinland“ (DKR) in Neuss vor. Das Zentrum solle ein überregionales Modell- und Leuchtturmprojekt werden. Ziele seien unter anderem eine bessere Vernetzung und bessere Koordination auf der praktischen Versorgungsseite sowie die Suche nach neuen Lösungen bei der Beratung, Betreuung, Begleitung, Versorgung und Pflege dementer Menschen. Bausteine

des Zentrum sollen unter anderem ein Diagnostikzentrum, eine gerontopsychiatrische Ambulanz, eine Tagesstätte sowie stationäre Pflegeplätze in Form von Hausgemeinschaften sein. Kosten für den Rhein-Kreis Neuss würden nicht entstehen, eine finanzielle Beteiligung des Kreises sei nicht vorgesehen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Servos ergänzte Herr Spychalski, dass die bereits vor Ort bestehenden Angebote und Netzwerke in die Arbeit des DKR einbezogen werden sollen. Die beabsichtigte Schaffung eines Forschungsinstitutes beginne zunächst in einem kleinen Maßstab, solle aber perspektivisch mehr und mehr vorangetrieben werden.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis und spricht sich befürwortend für die Errichtung eines Demenz-Kompetenzzentrums Rheinland aus.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**9. Aktionsprogramm "Gesundheitsförderung im Alter"**  
**Vorlage: 53/0799/XV/2010**

**Protokoll:**

Dezernent Mankowsky stellte das in der Gesundheitskonferenz erarbeitete und verabschiedete Aktionsprogramm „Gesundheitsförderung im Alter“ vor. Er dankte in diesem Zusammenhang den Fraktionen für deren rege Beteiligung in den Workshops der Gesundheitskonferenz. Neben einem kurzen Rückblick auf die erfolgreiche und mehrfach prämierte Arbeit der letzten Jahre gab er einen Ausblick auf die durch die Demographie und weitere Faktoren bedingten, zu erwartenden Entwicklungen im Gesundheitsbereich. Um die definierten Ziele zu erreichen werde die Verwaltung versuchen, die bewährten Wege zur Finanzierung der geplanten Maßnahmen durch Krankenkassen oder Kooperationspartner zu beschreiten, um eine Belastung des Kreishaushaltes zu vermeiden. Der Vortrag ist dieser Niederschrift beigelegt.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose wies darauf hin, dass der Beschlussvorschlag wie folgt abgeändert werden solle: der letzte Halbsatz des Beschlussvorschlages wird gestrichen und stattdessen werden die Worte „vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel“ ergänzt.

**Beschluss:**

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Rhein-Kreises Neuss nimmt das vorliegende Aktionsprogramm „Gesundheitsförderung im Alter“ zur Kenntnis und empfiehlt, vorbehaltlich verfügbarer Haushaltsmittel, dessen Umsetzung.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

## **10. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel**

**Vorlage: 50/0817/XV/2010**

### **Protokoll:**

Herr Koopmann von der Beratungsgesellschaft für Wohnen, Immobilien und Tourismus „Analyse & Konzepte“, Hamburg, stellte den von dieser Firma entwickelten grundsicherungsrelevanten Mietspiegel und die Herangehensweise zur Ermittlung der Werte vor. Der Vortrag ist der Niederschrift beigelegt. Allgemeiner Vertreter Steinmetz ergänzte, dass die Anwendung des grundsicherungsrelevanten Mietspiegels ab dem 01.01.2011 geplant sei.

Seitens des Ausschusses bestanden zahlreiche Fragen. Daher schlug Kreistagsmitglied Rainer Thiel vor, das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses nochmals aufzurufen. Diesem Vorschlag stimmte Allgemeiner Vertreter Steinmetz zu. Er bot den Fraktionen an, diesen das Gutachten vertraulich zur Verfügung zu stellen. Die Fraktionen hätten dann Gelegenheit, alle Fragen vor der nächsten Sitzung des Ausschusses der Verwaltung mitzuteilen. Die Verwaltung werde dann diese Fragen im Rahmen der Erläuterungen der Einladung beantworten, so dass in der nächsten Sitzung eine Beschlussfassung erfolgen könne. Die neue Regelung könnte dann zum 01.03.2011 in Kraft treten. Dieser Verfahrensvorschlag wurde einvernehmlich angenommen.

## **11. Entwicklung Haushalt 2010 / Planungen 2011**

**Vorlage: 50/0831/XV/2010**

### **Protokoll:**

Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen; das Wort wurde nicht gewünscht.

## **12. Behindertenfahrdienst**

**Vorlage: 50/0829/XV/2010**

### **Protokoll:**

Allgemeiner Vertreter Steinmetz ergänzte die Erläuterungen um den Hinweis, dass trotz der eingetretenen Umstände fast alle Fahrten des Behindertenfahrdienstes ausgeführt werden konnten. Derzeit würden die beiden DRK-Verbände gemeinsam mit der Verwaltung an einer stetigen Verbesserung des Service für die Teilnehmer am Fahrdienst arbeiten. Alle Nutzungsberechtigten seien inzwischen schriftlich von der Verwaltung informiert worden.

Kreistagsmitglied Servos sprach der Verwaltung und den Verbänden des DRK ihren Dank für die schnelle Reaktion aus. An sie sei die Frage herangetragen worden, wie lange der Fahrdienst am Abend angeboten werden könne. Sozialamtsleiter Henkel erklärte, dass das Angebot grundsätzlich wie in den geltenden Richtlinien beschrieben aufrechterhalten werden solle. Eine Begrenzung könne sich lediglich aufgrund der vorhandenen Kapazitäten bei den Verbänden des DRK ergeben. Allgemeiner Vertreter Steinmetz fügte in diesem Zusammenhang hinzu, dass andere Verbände nicht die Bereitschaft gehabt hätten, Fahrzeuge zur Verfügung zu stellen.

Kreistagsmitglied Schmitz regte an, im Bedarfsfall Taxigutscheine an die Teilnehmer des Behindertenfahrdienstes auszustellen. Dies werde in Düsseldorf praktiziert. Kreistagsmitglied Servos ergänzte, dass dies keine Mehrbelastung für den Kreishaushalt darstelle, wenn der Gutschein in gleicher Höhe ausgestellt werde, wie der ansonsten

zu zahlende Zuschuss zum Behindertenfahrdienst. Allgemeiner Vertreter Steinmetz sagte zu, diese Option im Bedarfsfalle zu prüfen.

Ausschussmitglied Boland berichtete, dass in anderen betroffenen Regionen derzeit nicht alle Fahrwünsche erfüllt werden könnten. Ausschussvorsitzender Dr. Klose griff diesen Aspekt auf. Die schnelle Reaktion der Verwaltung und die erreichten Regelungen mit den DRK-Verbänden seien beachtliche Leistungen.

### **13. Mitteilungen**

#### **13.1. Sachstand Signet Barrierefreies NRW**

**Vorlage: 50/0827/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

#### **13.2. "Integrationspreis 2010 des "Rhein-Kreises Neuss"**

**Vorlage: 50/0835/XV/2010**

**Protokoll:**

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, dass der gewählte Rahmen der Preisverleihung ausgesprochen gut gewesen sei. Dies sei auch in der Freude der gewürdigten Personen über die Form der Auszeichnung zum Ausdruck gekommen.

#### **13.3. Bericht vom Integrationsworkshop**

**Vorlage: 50/0836/XV/2010**

**Protokoll:**

Ausschussmitglied Quellmann wies darauf hin, dass die beiden Sitzungen des Integrationsworkshops sehr zeitaufwändig gewesen seien. Daher gelte ein besonderer Dank an diejenigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ihre Zeit ehrenamtlich zur Verfügung gestellt hätten.

#### **13.4. Bericht von der Pflegekonferenz 16.09.2010**

**Vorlage: 50/0828/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**13.5. Influenza-Pandemie 2009**  
**Vorlage: 53/0777/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**13.6. Projekt "doppelt gesund"**  
**Vorlage: 53/0807/XV/2010**

**Protokoll:**

Hierzu wurde nicht das Wort gewünscht.

**14. Anfragen**

**Protokoll:**

Anfragen lagen nicht vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dr. Hans-Ulrich Klose um 22:00 Uhr die Sitzung.

**Dr. Hans-Ulrich Klose**  
Vorsitz

**Marcus Mertens**  
Schriftführung